

# Wer sich in Hessen um Aufträge bewirbt, muß wirklich eine weiße Weste haben

## Kampf gegen Korruption: Seit April sind schwarze Schafe vom Wettbewerb ausgeschlossen

Von Vanja B u d d e, Frankfurt

Peter Schmidt-Rodrian sieht nicht so aus, als müsse man sich vor ihm fürchten: Der Referatsleiter bei der Frankfurter Oberfinanzdirektion (OFD) ist ein freundlicher Mann, der zartgepunktete Schlipse trägt und im Urlaub an der Ostsee wandert. Und doch schwingt der 38 Jahre alte ehemalige Anwalt das schärfste Schwert der Verwaltung gegen die Korruption im Baugewerbe: Er verfügt den Ausschluß vom Wettbewerb, der in Hessen diejenigen Firmen trifft, die in Sachen Bestechung auffällig geworden sind.

74 Firmen, darunter einige sehr namhafte, stehen auf der schwarzen Liste und gucken deshalb bei öffentlichen Aufträgen in die Röhre. Die Zentrale Melde- und Informationsstelle für Vergabesperrungen besteht seit April 1995. Grundlage des in Deutschland wohl beispiellosen Vorgehens ist ein Erlaß der hessischen Landesregierung. Er verpflichtet die Landesbehörden, sich vor der Vergabe öffentlicher Aufträge bei Schmidt-Rodrian zu vergewissern, daß die Bewerberfirmen eine weiße Weste haben. Auch Gemeinden,

Landkreise und Zweckverbände, die Projekte überwiegend mit Landesgeldern bezahlen wollen, müssen anfragen.

Schmidt-Rodrians 15 Mitarbeiter werten Unterlagen der Staatsanwaltschaften aus, wenn diese wegen Korruptionsverdacht ermitteln. Die Zentralstelle lädt die betroffenen Unternehmen vor, auch wenn noch kein Gericht ein Urteil gefällt hat. „Zu uns ist noch jeder gekommen. Nicht nur der kleine Schreiner aus dem Odenwald, auch die erste Sahne der deutschen Industrie steht dann hier“, sagt Schmidt-Rodrian. „Im Normalfall werden die Vorwürfe zugegeben. Unsere Ermittlungsdichte ist so hoch, daß Leugnen unsinnig wäre.“ Erst nach dieser Anhörung wird eine Firma von künftigen Aufträgen ausgeschlossen. Und sie kann sich rehabilitieren, wenn der Vorstand Schadenersatz leistet und die Grundlage zur Wiedenzulassung schafft. Es ist schon vorgekommen, daß ganze Abteilungen aufgelöst und Mitarbeiter entlassen wurden, die Beamte bestochen haben.

Das hessische Beispiel macht Schule: Im Bonner Bauministerium wird überlegt, das Prinzip der Vergabesperre zu übernehmen. Minister Klaus Töpfer habe sich bereits dafür ausgesprochen, sagt eine Sprecherin.

„Bestechung gibt es, seit die

Pyramiden gebaut wurden. Heutzutage ist die gesamte öffentliche Verwaltung betroffen“, berichtet Schmidt-Rodrian. „Aber im Baugewerbe sind die Summen am größten.“ Er weist aus dem Fenster seines spartanisch eingerichteten Büros im neunten Stock auf die Frankfurter Hochhauslandschaft: „Es geht nicht um saure Drops. Das sind Milliardenwerte, die hier herumstehen“, sagt er. Da sei der Anreiz groß, der Auftragsvergabe per Beamtenbestechung nachzuhelfen.

Bis zu 170 Millionen Mark kosten Korruption und Bestechlichkeit die hessischen Steuerzahler im Jahr, hat der Präsident des Landesrechnungshofes, Udo Müller, geschätzt. In den vergangenen Jahren brachte der Landesrechnungshof hessenweit an die 2000 Korruptionsfälle in der Verwaltung ans Licht. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schauensteiner, Experte für organisierte Kriminalität und Korruption, nimmt an, daß in Deutschland Jahr für Jahr fünf Milliarden Mark an Schmiergeldern gezahlt werden. Das Bundeskriminalamt beziffert den Schaden allein im Bauwesen auf rund zehn Milliarden Mark jährlich. Und Wirtschaftsminister Günter Rexrodt sieht gar den Standort Deutschland wegen der Bestechungsaffären in Gefahr.



EIN WÄCHTER: Peter Schmidt-Rodrian. Zum Bericht.

(dpa)